



171/2010

Kiel, 6. Oktober 2010

Aktueller Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses: Hoffnung für lärmgeplagte Anwohner

Kiel (SHL) – Die Vorsitzende des Petitionsausschusses, Katja Rathje-Hoffmann, stellt in der heutigen Plenarsitzung den aktuellen Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses vor. Der Bericht umfasst den Zeitraum April bis Juni 2010. 607 neue Bitten und Beschwerden sind in diesen drei Monaten beim Petitionsausschuss eingegangen - das sind 186 mehr als im gesamten letzten Jahr.

Ursächlich für diesen Petitionszuwachs ist ein sogenanntes Massenpetitionsverfahren, das sich gegen die Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags richtet. Eine Beratung der insgesamt 488 Petitionen soll voraussichtlich noch im Oktober erfolgen. Von den 109 Petitionen, die der Ausschuss in den drei Monaten abschließend beraten hat, konnten knapp 25 Prozent ganz oder teilweise im Sinne der Petenten entschieden werden.

Beispiele aus dem aktuellen Tätigkeitsbericht:

- Einer der Petitionsschwerpunkte war die Entscheidung über das sogenannte Schwarzbaugelände „Esinger Moor“ in der Gemeinde Tornesch. In dem Gebiet ist eine Vielzahl von Häusern, Schuppen, Ställen und Unterständen vom Abriss bedroht. Einige der Gebäude stammen noch aus der Vorkriegszeit. „Wir müssen zugeben, dass es uns in einigen Fällen sehr schwer gefallen ist, die gesetzlichen Vorgaben konsequent durchzuhalten“, räumt die Vorsitzende des Petitionsausschusses ein. „Die Bürgerinnen und Bürger haben sich aus verständlichen Gründen sehr emotional für den Erhalt ihrer Gebäude engagiert. Rechtlich war das Vorgehen des Kreises aber nicht zu beanstanden.“
- Immer mehr Petenten fühlen sich durch Verkehrslärm belästigt. Die Beschwerden im Berichtszeitraum betrafen die Autobahnen A1 und A215 sowie die Bundesstraße 430. Konkret konnte der Ausschuss zwar keine Abhilfe schaffen, für die Zukunft besteht aber

Hoffnung für die lärmgeplagten Anwohner: Der Bund hat neue Regelungen angekündigt, durch die Immissionsgrenzwerte gesenkt werden sollen. „Sobald die neuen Grenzwerte vorliegen, wird der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr die von den Petenten geforderten Lärmschutzmaßnahmen erneut prüfen“, kündigt die Ausschussvorsitzende an.

- Keine Veranlassung hat der Petitionsausschuss gesehen, sich gegen den Bau des geplanten Bahnhofs Fehmarn-Burg auszusprechen. Der Bahnhof im Ortszentrum sei eine verkehrlich und wirtschaftlich sinnvolle Maßnahme, durch die die Verkehrsanbindungen für Touristen und für die Bewohner Fehmarns deutlich und langfristig verbessert werden könnten. Die vom Petenten vorgeschlagene Alternative außerhalb des Ortes im Bereich Burg-West konnte der Ausschuss nicht befürworten.
- Die Dauer gerichtlicher Verfahren ist ein häufiger Grund für Beschwerden beim Petitionsausschuss. Im letzten Quartal hat der Ausschuss einen Fall geprüft, in dem eine vom Richter verursachte Verfahrensverschleppung dazu geführt hat, dass eine Petentin in eine existenziell bedrohliche finanzielle Lage geraten ist. Ihre Beschwerde wurde zum Anlass genommen, Maßnahmen der Dienstaufsicht gegen den Richter zu prüfen. Ausdrücklich begrüßt hat der Ausschuss die Initiative der Bundesjustizministerin für ein Gesetz zur Beschleunigung von Gerichtsverfahren.

Weitere Schwerpunkte der Ausschusstätigkeit sind dem aktuellen Bericht des Petitionsausschusses zu entnehmen, der auf der Homepage des Schleswig-Holsteinischen Landtages veröffentlicht wird:

http://www.landtag.ltsh.de/ausschuesse/petition/petitionsausschuss_berichte.html